

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 01.06.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
21:51

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bover

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Harald Giebels
Stv. Marlies Goetze
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Vertretung für Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr

Vertretung für Stv. Heinrich Wolfesperger
bis TOP 8

Vertretung für Stv. Bernd Stracke

Stv. Uwe Elker
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel

Vertretung für Stv. Arnd Vossieg
bis TOP 4 d

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Michael Ruppert

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für Stv. Jochen Sack

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder

Vertretung für Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Klaus Negro

Vertretung für Stv. Michael Henchoz

Verwaltung

Frau Ute Eden
Beigeordnete/r Dagmar Formella
Herr Bernd Küper
Herr Guido Mering
Herr Günter Opfer
Herr Jürgen Rautenberg
Herr Michael Rennert
Frau Astrid Ruschke-Schwinghammer
Herr Carsten Schlipköter
Herr Wilhelm Terhardt
Herr Udo Thal

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ **Bürgerantrag: Lärmimmissionen an der Sportanlage Hochdahler Straße** **Vorlage: 10/053/2010**

Protokoll:

Bgm. vom Bover führt aus, die Verwaltung habe ein in den heute zugestellten Unterlagen zum PIUA enthaltenes Gutachten anfertigen lassen, welches ausweise, dass die reklamierten Lärm- und Lichtimmissionen, welche vom Betrieb auf der Sportanlage Hochdahler Str. ausgingen, deutlich unter den Grenzwerten lägen. Die Verwaltung schlage eine Verweisung des Bürgerantrages in den kommenden PIUA vor.

Stv. Drennhaus sieht neben dem PIUA auch den Schul- und Sportausschuss tangiert.

Stv. Kohl sieht auch die städtischen Liegenschaften involviert, so dass er die Angelegenheit auch auf die Tagesordnung des WLA setzen werde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Bürgerantrag wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen."

2./ **Bestätigte und aufgestellte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 der Stadt Haan** **Vorlage: 20/010/2010**

Protokoll:

Bgo. Formella führt aus, nach der kommenden Ratssitzung würde die endgültige Prüfung der vorläufig geprüften Eröffnungsbilanz durch eine beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgen. Die Testierung dieser endgültig geprüften Eröffnungsbilanz werde dann durch den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am

24.11.2010 erfolgen.

Sie habe zudem eine Vorlage für die kommende Sitzung des Rates eingebracht, in der die Verwaltung eine mittelfristige Schließung des Schulstandortes Bachstr. (innerhalb von 5 Jahren) vorschläge.

Stv. Pohler sieht den Termin 24.11. für den RPA als zu nah an der Dezember-Ratssitzung an und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der RPA nicht früher terminiert werden könne. Zur Schließung des Schulstandortes Bachstr. bittet er, auch an die Zukunft der Kindergarten-Gruppe zu denken. Planungssicherheit sei für alle Benutzer wichtig.

Bgo. Formella betont, alle Ersatzmaßnahmen (etwa für den Kindergarten) bedingten Investitionen, die man sich nicht leisten könne. Daher sei der Verwaltung daran gelegen, alle Anbieter zu erhalten. Die Beratungen zur Unterbringung der Volkshochschule seien abzuwarten.

Stv. Lerch bittet die Verwaltung, ebenfalls Zahlen zur Restnutzungsdauer für das Bürgerhaus Gruiten vorzulegen.

Stv. Goetze vermisst die Instandhaltungsrückstellungen zur GS Steinkulle.

Bgo. Formella erläutert, diese seien vorwiegend bei anderen Grundschulen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 zugeordnet worden. Sie sichert eine aufbereitete Info mit den gewünschten Zahlen zur Ratssitzung zu. Gegen eine frühere Terminierung des Rechnungsprüfungsausschusses sei nichts einzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die aufgestellte und bestätigte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 einschließlich des Anhangs wird zur Kenntnis genommen."

3./ Barrierefreier Zugang zum Hallenbad Haan **Vorlage: 65/017/2010**

Protokoll:

Stv. Dr. Gräßler wundert sich, warum der TOP nicht zunächst auf die Tagesordnung des Schul- und Sportausschusses gesetzt worden sei.

Stv. Ruppert teilt diese Auffassung und erklärt, der HFA könne diese Vorlage nur zur Kenntnis nehmen. Dieser TOP könne entsprechend von der Tagesordnung der

kommenden Ratssitzung abgesetzt werden.

Stv. Pohler bekräftigt für die SPD-Fraktion die Unterstützung eines barrierefreien Zugangs zum städtischen Hallenbad. Die nötigen Investitionen sollten trotz prekärer Haushaltslage getätigt werden und alle Fraktionen schon heute Farbe in dieser Frage bekennen.

Bgo. Formella erklärt, wenn die weitere Beratung im Schul- und Sportausschuss gewünscht werde, entfielen für heute die Beratungen zu den Anlagen 6 und 7 der Haushaltsvorlage. Dabei sei die nachrangige Beratung des Schul- und Sportausschusses kein Problem, weil Mittel für diese Maßnahme bereits etatisiert worden seien.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Vorlage wird zur weiteren Beratung an den Schul- und Sportausschuss verwiesen."

4./ Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2010

- a) Beratung des Stellenplanes für den Bereich des Jugendamtes**
 - b) Stellenplan**
 - c) Beratung des Haushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes für den Bereich des Jugendamtes**
 - d) Haushaltssicherungskonzept 2010-2015; Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2010 und Haushaltssatzung 2010**
- Vorlage: 20/008/2010**
-

Protokoll:

a)

Stv. Pohler beantragt eine zusätzliche Beratung des Stellenplans im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Hierzu besteht Einvernehmen.

b)

Stv. Dr. Gräßler kritisiert die unübersichtliche und zum Teil nicht nachvollziehbare Aufbereitung des Stellenplans durch die Verwaltung und nennt Beispiele. Er bringt für die CDU-Fraktion die Anträge "Personalkosten" (Anlage 1 / Beschlussfassung im Rat) und einen weiteren Antrag (Anlage 2), über den der HFA abstimmen solle.

Einstimmig beschließt der HFA:

" Die Verwaltung legt dem Rat für die Sitzung am 08.06.2010 vor:

1. Eine Übersicht der in 2009 bis Mai 2010 abgeschlossenen Honorarverträge / Aushilfen mit konkreter Benennung der verausgabten Personalkosten. Ferner sind die für Honorarverträge / Aushilfen im Ansatz eingeplanten Mittel mit Begründung zu benennen.
2. Es wird den Fraktionsvorsitzenden das neue KGST-Gutachten zur Bewertung von Beamtenstellen zugeleitet."

Stv. Pohler erklärt, für das Haushaltsjahr 2011 sei der Stellenplan umzustrukturieren: Das Personal solle durch strukturelle Veränderungen effektiver arbeiten, zudem sei ein wirkliches Personalentwicklungskonzept vonnöten. Auf den Sachverstand eines technischen Dezernenten könne auf Dauer nicht verzichtet werden. Eine baldige Besetzung dieser Vakanz sei wünschenswert.

Stv. Ruppert bekräftigt, die Stelle des technischen Dezernenten solle idealerweise noch vor den Sommerferien ausgeschrieben werden.

c)

Bgo. Formella eröffnet mit der Information, dass die Zuwendung zu TOP 5 bereits im Haushaltsplan veranschlagt worden sei. Weiterhin berichtet sie von einem Gespräch mit Vertretern der ev. Kirchengemeinde Haan, die einen Antrag auf Erstattung von Reparaturen resultierend aus einem Bauschaden gestellt hatten. Hier sei man überein gekommen, dass 60 % der Kosten von der Kirche und 40 % von der Stadt zu tragen seien.

Stv. Drennhaus fragt, warum ausweislich der Empfehlungsliste keine Empfehlung des JHA für die Anlagen 1 und 2 erfolgt sei.

Bgo. Formella erläutert, dass es sich in beiden Fällen um zusätzliche freiwillige Leistungen handele, für die wegen dem bestehenden Nothaushaltsrechtes kein Ansatz gebildet werden dürfe.

d)

Bgo. Formella erklärt, für die Haushaltsberatung sei kurzfristig eine Tischvorlage erforderlich geworden, da der Erhalt der regionalisierten Steuerschätzung und eine Veränderung bei der Konzessionsabgabe für die Stadtwerke sowie der von 2011-2015 abnehmende gemeindliche Anteil an der Einkommensteuer weitere finanzielle Belastungen auswiesen. Dies wirke sich auch negativ auf den Hebesatz der Kreisumlage aus, die aber erst für den Haushalt 2011 ff. relevant werde. Auch werde eine weitere Verpflichtungsermächtigung für den Kanalbereich fällig. Zum Antrag der Links-Fraktion auf Übernahme des Eigenanteils für Schulbücher für SGB II Empfänger, der trotz inhaltlicher Befürwortung mit Blick auf den Nothaushalt abgelehnt werden musste, gebe es nach aktuellen Informationen eine grundsätzliche Bereitschaft der Bürgerstiftung Haan-Gruiten, für das Schuljahr 2010/2011 einen Teil der Kosten

maximal bis zur Hälfte des seitens der Verwaltung geschätzten Betrages in Höhe von 4.000 € zu übernehmen. Zwecks Übernahme des Restbetrages habe man Kontakt mit den Fördervereinen der Schulen aufgenommen.

Bgm. vom Bovert fasst zusammen, durch diese Sachverhalte fehlten bis zum Haushaltsjahr 2015 weitere 1,6 Mio. €

Stv. Ruppert bringt für die FDP-Fraktion zwei Anträge ein (Anlagen 3 und 4), zu denen in der kommenden Woche ein Beschluss erfolgen müsse. Zu den Positionen 120110 und 130110 im Investitionsprogramm möchte er wissen, welche konkreten Maßnahmen geplant, erforderlich und dringlich seien.

StOVR Opfer erläutert, hierbei handele es sich um Pflanz- und Begrünungsmaßnahmen, die durch den Bebauungsplan festgelegt worden seien und um den endgültigen Straßenausbau im Gewerbegebiet Südliche Millrather Straße.

Stv. Pohler meint, da hier auch weiterhin noch Bautätigkeit stattfinde, könne diese Position noch geschoben werden.

Bgm. vom Bovert entgegnet, die Firma Amada habe den Wunsch nach optischer Minimalausstattung gewünscht.

Stv. Negro versteht nicht, warum Geld für Begrünung aber keines für Schulbücher ausgegeben werden soll.

TA Mering erklärt, die von der Firma Amada gezahlten Erschließungsbeiträge deckten alle diese Kosten. Diese Einnahmen seien zweckgebunden nur hierfür zu verwenden.

Stv. Drennhaus beantragt die Positionen 120110 und 130110 des Investitionsprogramms mit einem Sperrvermerk mit Freigabe durch den HFA vor Ausschreibung zu versehen.

Hierzu besteht allgemeines Einvernehmen.

Stv. Holberg bringt einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion für die kommende Ratsitzung ein (Anlage 5), der die Erwirtschaftung einer Ersparnis bei den Sachkosten fordert.

Stv. Ruppert fragt, ob die Position 130120 (Sanierung Sandbachverrohrung im Bereich Böttinger Str.) im Investitionsprogramm tatsächlich in 2010 zur Ausführung gelange.

TA Mering erläutert, die Stadt sei nicht überall Grundstückseigentümer. Da sich derzeit ein Grundstückseigentümer weigere, sein Grundstück zur Verfügung zu stellen, hänge die Ausübung des wasserwirtschaftlichen Zwanges in der Luft.

Stv. Pohler möchte wissen, ob das Abwasserbeseitigungskonzept nicht noch einmal verschoben werden könne.

Stv. Drennhaus fragt, ob der aufgeführte Kostenrahmen der Anteil der Stadt sei und der Inhaber des Baumarktes, unter dessen Parkplatz der Sandbach verlaufe, somit an den Kosten beteiligt wurde.

TA Mering führt aus, es handele sich hierbei nur um den Anteil der Stadt. Die günstigste Variante der Verrohrung hänge vom Wohlwollen eines Grundstückseigentümers ab. Ein weiteres Schieben des Abwasserbeseitigungskonzeptes sei nicht möglich, da die entsprechenden Kanalberichte an die Bezirksregierung abzugeben seien.

Bgo. Formella ergänzt, die Verrohrung des Sandbachs sei nicht über Gebühren refinanziert, von einer Schiebung der Abwasserbeseitigung solle abgesehen werden, da eine Überschreitung des Kreditlimits folgender Jahre die Folge wäre.

Stv. Holberg schlägt vor, den Bergisch-Rheinischen Wasserverband (BRW) zu beteiligen.

TA Mering erklärt, dies habe die Stadt bereits versucht. Der BRW habe diese Aufgabe aber wieder an die Stadt zurückgegeben, das Landeswassergesetz treffe hier die klare Regelung, dass derartige Maßnahmen nicht durch einen Wasserverband finanzierbar seien.

Stv. Herder fragt, ob nicht ein für spätere Jahre vorgesehenes Projekt vorgezogen werden könne, um den Kreditrahmen künftiger Jahre einhalten zu können und das Abwasserbeseitigungskonzept doch zu schieben.

Bgo. Formella meint, das Projekt Walder Str. könne zwar vorgezogen werden, doch reichten die etatisierten Ansätze von 2011 allein nicht aus, auch die Ansätze von 2012 müssten mit eingerechnet werden.

Stv. Drennhaus erteilt der Verwaltung den Prüfauftrag, inwieweit die Sandbach-Verrohrung um ein weiteres Jahr zu schieben sei, um die angesetzten Mittel in 2009 sinnvoller verwenden zu können.

Zur Position 011400 des Investitionsprogrammes möchte **Stv. Holberg** geprüft wissen, ob die Maßnahmen des Fuhrparks nicht um 2 Jahren geschoben werden können. Er erinnert daran, dass der Bauhof durch den Neubau modernste Arbeitsbedingungen erhalten habe und dies ein Beitrag zur Solidarität mit der Stadt wäre. Weiterhin möchte er zu Position 020410 des Investitionsprogrammes geprüft wissen, ob nicht auch die Ausrüstung der Feuerwehr zumindest um ein Jahr geschoben werden könne.

BAR Schlipköter betont, das in Rede stehende Löschfahrzeug der Feuerwehr sei 25 Jahre alt. Im Falle eines Ausfalls sei die sofortige Ersatzbeschaffung nötig, die die Stadt dann wesentlich teurer komme.

Stv. Pohler warnt davor, an der falschen Stelle zu sparen. Der Fuhrpark der Feuerwehr müsse funktionstüchtig bleiben.

Stv. Kohl betont, mit Ausnahme des Löschfahrzeuges könne durchaus über Verschiebungen im Fuhrpark der Feuerwehr diskutiert werden.

Zur Aufrüstung von Telefonanlage und Datenleitungen im Rathaus fragt **Stv. Pohler**, ob die Verwaltung Kontakt zu Firmen unterhalte, die solche Anlagen zu günstigen Konditionen verleihen.

Bgm. vom Bovert erklärt, die Verwaltung stehe in ständigem Kontakt auch zu derlei Unternehmen. Seit Jahren sei an der Telefonanlage nur Flickschusterei betrieben oder ihre Erneuerung aus anderen dringenden Gründen verschoben worden. Ersatzteile seien längst nicht mehr verfügbar. Eine nachhaltige Lösung koste 400.000 €

Stv. Holberg fragt, warum die Planung durch die Stadt durchgeführt werde anstatt ein komplettes Angebot in Auftrag zu geben.

TA Eden erläutert, ein Fachplaner sollte beteiligt werden, weil sich aus einer Installation im laufenden Dienstbetrieb eine gewisse Brisanz ergebe. Zudem gebe das Vergaberecht vor, dass man nicht produktgebunden ausschreiben dürfe.

Stv. Herder ist der Ansicht, dass Brandschutz und Energiedämmung im nicht denkmalgeschützten Bereich des Rathauses seit langem nicht mehr gut genug seien. Die Kosten für Telefonanlage und Verkabelung seien unangemessen hoch. Stattdessen solle der Neubau des Rathauses in Angriff genommen werden. Die Stadt Solingen habe schließlich auch ein neues Rathaus trotz Nothaushalt gebaut.

Bgo. Formella erwidert, die bekannten drei Großprojekte erlaubten auf Jahre hin keinen Rathaus-Neubau. Für den anstehenden Zeitraum müssten aber adäquate Lösungen gefunden werden.

Die Verwaltung sichert eine Abarbeitung der erhaltenen Prüfaufträge zur kommenden Ratssitzung zu.

Stv. Daniel fragt, ob die Maßnahme 030400 (Ballfangzaun auf der Nordseite der Freizeitanlage des Gymnasiums) nicht zu schieben sei.

Bgm. vom Bovert vermutet eine Unfallversicherungsproblematik, die ein Schieben dieser Maßnahme ausschließe. Die Verwaltung werde dies prüfen und im Rat berichten.

Stv. Drennhaus möchte wissen, wie es auf S. 10 in Produktbereich 03 unter Ziffer 11 zu einer Personalkostensteigerung von 51% kommen konnte.

StOVR Terhardt erläutert, die Mitarbeiter der Ganztagsoffensive würden mittelfristig in private Trägerschaft übergehen. Bis dahin aber sei ihr Gehalt von der Stadt zu zahlen.

Bgo. Formella ergänzt, mit Beginn des neuen Schuljahrs erfolge der Übergang zu einer privaten Trägerschaft der Ganztagsoffensive. Dieser Träger übernehme das vorhandene Personal. Weiterhin sei ab März 2010, dem Wunsch der Politik entsprechend, eine Neubesetzung der Sozialarbeiterstelle am Schulzentrum erfolgt.

Stv. Herder sorgt sich, dass die privaten Träger mit der Bitte um Kostenübernahme

für die früheren Mitarbeiter herantreten könnten.

Bgo. Formella versichert, dies habe die Verwaltung eingeplant. Die gut eingearbeiteten Kräfte sollten aus Gründen der Kontinuität weiterbeschäftigt werden. Eine Vorlage im kommenden Schul- und Sportausschuss werde zur Klärung des Sachverhalts beitragen.

Auch im Produktbereich 04 möchte **Stv. Drennhaus** die Personalkostensteigerung erläutert bekommen.

StOVR Terhardt erklärt, es handele sich um eine Teilzeitstelle, die nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin von einer Vollzeitkraft besetzt worden sei. In einer Übergangsphase bis zur Pensionierung des Amtsleiters des Amtes 40 müssten hier 2 volle Stellen veranschlagt werden. Mittelfristig werde es hier aber zu einer Reduzierung der Kosten kommen.

Stv. Drennhaus bittet um Erläuterung der Personalkostensteigerung in Produktbereich 12.

StOVR Terhardt führt aus, die Freizeitphase der Altersteilzeit eines Mitarbeiters verursache hier die Mehrkosten, weil sein Ersatz auch bezahlt werden müsse.

Stv. Drennhaus wundert sich, wie der Umweltschutzbericht ohne Personal umgesetzt werde.

StOVR Terhardt macht deutlich, dass diese Stelle mit einem kw-Vermerk versehen war und die Aufgaben nun an anderer Stelle mit wahrgenommen würden.

Stv. Holberg fragt nach der Ursache des rapiden Anstiegs der Ansätze im Produktbereich 02 bei Ziffer 14.

StOVR Opfer erklärt, hier schlugen z.B. die Abschreibungen der neuen Feuerwache zu Buche.

Stv. Dr. Gräßler bittet auf S. 47 bei den stv. Bürgermeistern die Mann-/Frau-Benennung zu korrigieren.

Stv. Drennhaus will wissen, wie es zum Personalkostenanstieg im Produktbereich 01 komme.

StOVR Terhardt erläutert, hier handele es sich um Rückstellungen für die Pensionsansprüche des ehemaligen technischen Dezernenten für die Aufwendungen zur Versorgungskasse.

Bgo. Formella fügt hinzu, es handele sich hier um buchhalterischen Aufwand, es fänden aber keine Auszahlungen statt. Sollte der frühere Mitarbeiter wieder im öffentlichen Dienst tätig sein, werde diese Rückstellung wieder aufgelöst.

Stv. Drennhaus fragt, ob das Grundstücksmanagement (S. 133) nicht besser dem Bereich des Gebäudemanagements zugeordnet werden solle.

Bgo. Formella erklärt, die vorgelegte Zuordnung bilde die derzeit gültige Organisationsstruktur ab. Diese könne im nächsten Jahr beraten werden.

TA Eden ergänzt, das Gebäudemanagement sei für Grundstücke zuständig, die mit städtischen Liegenschaften bebaut seien, das Amt 23 nur für unbebaute Grundstücke.

Stv. Dr. Gräßler bittet um Darlegung, wieso 1,7 Stellen für verhältnismäßig wenige Grundstücksgeschäfte benötigt würden.

Die Verwaltung sagt eine Klärung zur Sitzung des Rates in der kommenden Woche zu.

Die von **Stv. Drennhaus** reklamierte Erklärung zu den Personalkostenveränderungen auf S. 164 wird durch die Verwaltung dahingehend beantwortet, dass das mit den Wahlen zusammenhänge.

Die ab S. 290 ff. aufgeführten Maßnahmen zum Gymnasium bittet **Stv. Pohler** in keinem Falle zu streichen oder zu kürzen. Insbesondere die energetische Sanierung des Chemieraumes mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II solle rasch durchgeführt werden.

Bgo. Formella versichert, der Chemieraum sowie die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II seien berücksichtigt worden. Einen detaillierten Bericht hierzu sagt sie für die kommende Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu.

TA Eden wirft ein, derzeit arbeite man an der Aufstellung eines Energie- und Nutzungskonzeptes für das Gymnasium. Messungen hätten darüber hinaus ergeben, dass der Chemieraum so gut wie gar nicht mit PCB belastet sei.

Stv. Dürr vermisst auf S. 316 die Stellenanteile der Volkshochschule.

Bgo. Formella erklärt dies mit der Bildungslandschaft und der Kooperation zwischen Volkshochschule und Bücherei, die verstärkt fortgeführt werden solle.

Auf der Seite 320 fehlen **Stv. Dürr** die Einnahmepositionen zum Datenschutz.

Bgo. Formella sagt eine Aufnahme in die Änderungsliste zu, zur Sitzung des Rates werde eine Ergänzung vorgelegt.

Stv. Holberg schlägt vor, die Verwaltung möge zu einer Sitzung des Schul- und Sportausschusses eine Aufstellung vorlegen, aus der man ersehen könne, welche Kosten pro Kind entstünden. Eine regelmäßige Erstellung einer solchen Übersicht trage zur Transparenz bei.

Bgo. Formella will diesen Vorschlag aufgreifen und nach Absprache mit Kämmerei und Kulturamt im Schul- und Sportausschuss konkretisieren.

Stv. Herder fragt, ob die Stadt verpflichtet sei, die Wahlkostenerstattungen für Bun-

des- und Landtagswahl zu leisten.

StORR Rennert erklärt, es handele sich um eine gesetzliche Vorschrift.

Stv. Herder möchte zu S. 230, Ziffer 13 wissen, wieso bei Grundschulen Schülerfahrtkosten entstünden und ob die Verwaltung darüber nachgedacht habe, den Eltern Anreize zu geben, auf diese Inanspruchnahme zu verzichten.

StAR Ruschke erläutert, der Schulbus werde auch im Grundschulbereich eingesetzt, u.a. auch als Transfer zum Schulschwimmen. Den Anspruch könnten die Eltern aus dem Schulgesetz ableiten.

Stv. Herder fragt zu S. 455, warum ein Verkehrsgutachten für den 2. Bauabschnitt des Gewerbegebietes "Champagne" erstellt werde, wenn dieser doch nicht kommen solle.

Stv. Ruppert wendet ein, auch beim Sportplatz Gruiten seien die Planungsmaßnahmen mit einem Sperrvermerk versehen worden. Dies könne doch auch hier gemacht werden.

StOVR Opfer sagt die Aufnahme eines Sperrvermerkes zu.

Stv. Herder bittet um Erläuterung der 5-fachen Erhöhung auf S. 385.

StOVR Opfer erklärt, in diesem Jahr habe man aufgrund des gekürzten Investitionsprogramms eine Reduzierung des Ansatzes vorgenommen. Der höhere Betrag ab 2011 sei der übliche.

Stv. Pohler möchte zu S. 322 wissen, wie künftig die Kosten der Musikschule angerechnet werden.

Bgo. Formella verweist in diesem Zusammenhang auf S. 323, die den kurzen Hinweis enthalte, dass diese noch nicht in die Plandaten eingerechnet worden seien.

Stv. Kohl beantragt, den Ansatz von 5.000 € für den Denkmalschutz ab dem Jahr 2010 (S. 474) zu streichen.

Stv. Drennhaus fragt zu S. 341 ob der VDK auch weiterhin im Gebäude Dieker Str. 65 untergebracht sei.

StOVR Thal erläutert, der VDK sei nicht mehr in diesen Räumen untergebracht und nutze derzeit die privaten Räumlichkeiten ihres Vorsitzenden. Die tatsächlichen Bedarfe des VDK würden derzeit geprüft.

Stv. Drennhaus möchte wissen, ob zu den Ausgaben auf S. 355 Bundeserstattungen zu erwarten seien.

StOVR Thal führt aus, die Stadt müsse eine Dienststelle vorhalten. Der Service für die älteren Bürger solle beibehalten werden, auch wenn Veränderungen im Angebot denkbar seien.

Bgm. vom Bovert wirft ein, für deren Arbeit erhalte er viel Lob. Die Bürger fühlten sich dort besonders gut beraten.

Stv. Drennhaus fragt, warum für die Sportförderung an der Windfoche kein geringer Ansatz gewählt worden sei.

Bgo. Formella erklärt, der Investitionsbereich belaste den Kreditrahmen erheblich. Dies müsse in den Haushaltsberatungen 2011 geklärt werden.

Stv. Pohler vertritt die Auffassung, der Sportplatz werde durch den dort stattfindenden Schulsport zu einer Pflichtaufgabe, was einen geringen Haushaltsansatz rechtfertige.

Bgo. Formella merkt hierzu an, dass 2011 noch die Erträge aus der Sportpauschale des Landes eingesetzt werden müssen.

Stv. Drennhaus fragt nach den Gründen der steigenden Personalkosten auf S. 444.

StOVR Terhardt erläutert, dass ein Schwimmmeister in Altersteilzeit gegangen sei und sein Ersatz das Personalkostenbudget zusätzlich belaste.

Auf die Anfrage des **Stv. Drennhaus**, ob die Belegungszahlen auf S. 488 aktuell seien, legt **Bgo. Formella** dar, dies seien die Belegungszahlen aus dem Jahre 2009.

Stv. Giebels erinnert an einen Beschluss des Rates zu den Übergangsheim aus dem Jahr 2006. Die ersten 4 Ziffern dieses Beschlusses müssten per Ratsbeschluss aufgehoben werden, um die weiteren nötigen Schritte zu tätigen. Eine Antragstellung hierzu kündigt er für die Ratssitzung am 29.06. an.

Stv. Ruppert verweist auf den Erfolg des Caritas-Projektes zur Unterbringung Obdachloser und möchte eine Rendite erwirtschaften.

Stv. Herder bittet die Verwaltung um Überprüfung, inwieweit bei freiwilligen Versicherungen gespart werden könne: Doppelversicherungen, Überschneidungen der Versicherungsleistungen gehörten auf den Prüfstand.

Eine derartige Überprüfung sagt die Verwaltung für das 2. Halbjahr 2010 zu.

Stv. Pohler zeigt sich enttäuscht, dass die Ertüchtigung des Bahnhofes Gruiten nun doch nicht durchgeführt werden könne. Er erinnert daran, dass es einen gültigen Ratsbeschluss zur Umsetzung gebe und die Chance, einen Investor zu haben, nun endlich genutzt werde müsse.

Stv. Kohl weist redaktionell darauf hin, dass auf Seite 602 unter Ziffer 19 das Wort "verzichten" durch das Wort "verzinsen" zu ersetzen sei. Zu Seite 596 fragt er, warum Zinserstattungen ausgewiesen worden seien aber keine Nachzahlungszinsen in 2009.

StOVR Opfer erklärt dies mit einer Umplanung auf eine andere Buchungsstelle.

Stv. Kohl fragt zur Aufgliederung der Gewerbesteuereinnahmen nach den Anteilen von Voraus- und Nachzahlungen im Jahr 2009 und der Prognose für das Jahr 2010.

StOVR Opfer erläutert, die Zahlen für 2009 lägen jetzt hier nicht vor. Der Vorauszahlungsanteil 2010 betrage rund 15,5 Mio. €.

Stv. Dürr vermisst auf S. 525 die Ertüchtigung der Bus-Wartehäuschen.

TA Mering betont, es handele sich um eine Sparmaßnahme der Verwaltung.

Ebenso vermisst **Stv. Dürr** einen Ansatz für das dynamische Fahrgastinformationssystem und die vom ehemaligen technischen Dezernenten Buckesfeld zugesagten 10.000 € für ein Gutachten des Arbeitskreises ÖPNV.

Auf S. 359 sind **Stv. Drennhaus** die geringen Stellenanteile der Verkehrsüberwacher unklar.

StOVR Terhardt erläutert, hierbei handele es sich nur um das Entleeren der Parkscheinautomaten.

Auf S. 588 möchte **Stv. Drennhaus** wissen, ob innere Verrechnungen für das Bürgerhaus Gruiten notwendig seien.

Bgo. Formella führt aus, die Verwaltung setze hier die Vorgaben des GPA-Berichts um.

Stv. Pohler möchte einen Ansatz für einen barrierefreien Zugang zum Hallenbad aufnehmen, weil der Schul- und Sportausschuss erst nach dem Rat nächster Woche tage. Die mittelfristige Planung mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 385 % erscheine ihm zu gering in der gegenwärtigen finanziellen Lage.

Bgo. Formella erklärt, bei der Rampe zum Hallenbad handele es sich um eine investive unrentierliche Maßnahme, für die aus haushaltsrechtlichen Gründen kein Ansatz aufgenommen werden könne. Der Gewerbesteuerhebesatz sei gut für die weitere Wirtschaftsförderung der Stadt, diese dürfe in schwieriger Zeit nicht weiter belastet werden. Auch wenn die Kommunalaufsicht unlängst eine Erhöhung empfohlen habe, erfolge daher der Vorschlag der Verwaltung in Höhe von 385 %.

Stv. Pohler erkundigt sich nach der Wahrscheinlichkeit von Schlüsselzuweisungen des Landes.

StOVR Opfer ist der Ansicht, dass Haan nicht damit rechnen könne, da sich viele Kommunen in finanziell ähnlich schwieriger Lage befänden wie Haan.

Stv. Negro erläutert den Antrag der Links-Fraktion die Gewerbesteuer auf einen Prozentsatz von 400 anzuheben. Hierbei handele es sich um eine maßvolle Anhebung, welche die ungesunde Konkurrenzsituation zwischen Haan und dessen Nachbargemeinden behebe und die kein Unternehmen dazu bewögen, aus Haan abzuziehen. Hinzu käme eine nicht unerhebliche Verbesserung auf der Einnahmenseite.

Stv. Kohl weist darauf hin, dass der Gewerbesteuerhebesatz rückwirkend ab Januar beschlossen werde. Er warne davor, die Wirtschaft zu verprellen und Mitte des Jahres den Gewerbesteuer-Hebesatz zu erhöhen. Die Wirtschaft habe nachher kein Vertrauen mehr in die Entscheidungen des Haaner Rates.

Stv. Ruppert fügt an, zudem seien noch einige Grundstücke im neuen Gewerbegebiet zu verkaufen, dazu trage eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes sicher nicht bei.

Da nur wenige große Gewerbesteuerzahler ca. 50 % der Gewerbesteuereinnahmen zahlten, sieht auch **Bgm. vom Bover** gewisse Schwierigkeiten in einer derartigen Anhebung zum jetzigen Zeitpunkt, da einige Unternehmen überproportional belastet würden.

Stv. Lerch erinnert daran, dass die Verwaltung selbst im letzten Jahr einen Hebesatz von 400 % vorgeschlagen habe und dass lt. Auskunft der Kämmerei der Kreditrahmen in den kommenden Jahren erschöpft sei.

Stv. Drennhaus mahnt, die Infrastruktur der Stadt hinke seit Jahren hinterher. Diese habe sich immer wieder als wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen erwiesen. Bessere Infrastruktur komme auch der Gesellschaft zugute, deshalb müsse endlich für eine Verbesserung auf der Einnahmenseite gesorgt werden.

Für die Einrichtung einer Querungshilfe an der B 228 (Anlage 1 der Vorlage 20/008/2010) möchte **Stv. Drennhaus** 3000 € etatisieren und bezieht sich auf einen entsprechenden Beschluss des PIUA.

Stv. Holberg fragt, ob die Stadt Haan die Planung machen müsse oder dies nicht auch der Bund machen könne.

TA Mering erklärt, der Bund zahle nur die Bau-, nicht aber die Planungskosten für die Maßnahme.

Mit 19 Ja- und 1 Nein-Stimme empfiehlt der HFA dem Rat: "Für die Installation einer Querungshilfe auf der B 228 wird ein Ansatz in Höhe von 3.000 € in den Haushalt aufgenommen."

StOVR Thal erläutert die Anträge der Arbeiterwohlfahrt Haan (Anlage 2 der Vorlage 20/008/2010). Danach habe der Kreis neue Förderrichtlinien für die Seniorenförderung beschlossen, die einen erhöhten Zuschuss durch den Kreis erwarten ließen. Es sei eine pauschale Bezuschussung und ein zusätzlicher Förderbetrag ermittelt nach einem Punktesystem vorgesehen. Die Verwaltung schätzt das Angebot der AWO für Senioren und möchte es gerne unterstützen, doch handele es sich um eine zusätzliche freiwillige Maßnahme, die nicht etatisiert werden könne.

Bgo. Formella trägt vor, dass die Verwaltung für 2010 keine Veränderung vorschlägt.

Mit 5 Ja- und 14 Nein-Stimmen wird der Antrag der AWO auf Gewährung eines Zu-

schusses bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Anträge der Links-Fraktion zum Hebesatz der Gewerbesteuer (Anlage 3 der Vorlage 20/008/2010) und zum Hebesatz der Grundsteuer B (Anlage 4 der Vorlage 20/008/2010) werden ohne Beschlussempfehlung dem kommenden Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Der Antrag der Links-Fraktion zur Finanzierung von Schulbüchern (Anlage 5 der Vorlage 20/008/2010) ist nach der Ankündigung der Kämmerin als obsolet anzusehen.

Zu den Anträgen von Frau Ebkemeier und dem Seniorenbeirat zur Errichtung eines barrierefreien Zugangs zum Hallenbad (Anlagen 6+7 der Vorlage 20/008/2010) wird **Bgo. Formella** prüfen, ob sich nicht doch noch eine Möglichkeit ergibt, diese ins Investitionsprogramm einzubauen. Ansonsten wurde eine weitergehende Beratung im Schul- und Sportausschuss gewünscht.

Weiterhin empfiehlt der HFA dem Rat einstimmig: " Der Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen von 2009 nach 2010 entsprechend der Anlage 8 zu dieser Vorlage wird zugestimmt."

Stv. Drennhaus meint, ein HSK-Beschluss mache nur Sinn, wenn der Haushaltsausgleich auch tatsächlich bis 2015 erreicht werde.

Bgm. vom Bovert erklärt, dass die Wirtschaftskrise die Urheber des Gesetzes überrascht hätte. Inwiefern im Jahr 2015 ein Haushaltsausgleich tatsächlich möglich sei, könne nicht vorhergesehen werden. Nichtsdestotrotz bestehe eine gesetzliche Verpflichtung für die Stadt Haan, ein solches Konzept aufzustellen.

Bgo. Formella ergänzt, die Verfügungen des Landrats seien zu beachten, wonach ein Haushaltssicherungskonzept fester Bestandteil der Haushaltsplanberatungen im Nothaushaltsrecht sei.

Stv. Drennhaus bemängelt, die Verwaltung zeige im Konzept-Entwurf keinerlei positive Perspektive auf. Haan dürfe sich nicht über Jahre hinaus im Nothaushaltsrecht befinden. Er vermisse die Führungsverantwortung von Bürgermeister und Verwaltungsvorstand.

Bgm. vom Bovert legt dar, die Verwaltung habe schon in 2007 ein Strategiekonzept vorgelegt, was durch die Politik abgelehnt worden sei. Ihm dränge sich schon seit längerem der Eindruck auf, die Politik wolle keine unbequemen Entscheidungen treffen und schiebe die Verantwortung auf Bürgermeister und Verwaltung.

Stv. Lerch bittet die Verwaltung um ein Zahlenwerk zur frühzeitigen Abschreibung des Bürgerhauses Gruitzen.

Bgo. Formella sichert eine entsprechende Vorlage für den Sitzungszyklus im September dieses Jahres zu.

Stv. Holberg mahnt, ein Verkauf der Stadtwerke sei nicht der Heilsbringer für die Haaner Finanzen. Man müsse die wahren Schwächen Haans erkennen. So interes-

siere ihn, wie Haan im Einnahmeranking der Kreisstädte liege.

Bgm. vom Bover bekräftigt, bei Verkäufen müsse vorrangig die Schuldenreduzierung stehen. Ein Verkauf des Stromnetzes verschaffe meist nur kurzfristige Liquidität.

Stv. Drennhaus kritisiert den fehlenden Mut der Verwaltung, die Wirtschaft über einen höheren Gewerbesteuerhebesatz an den Einnahmen der Stadt zu beteiligen, während **Stv. Kohl** erneut zu Sensibilität im Umgang mit dem Gewerbesteuerhebesatz mahnt.

Stv. Herder empfiehlt auch weiterhin interkommunale Kooperationen zu prüfen. Diese würden Kosten reduzieren, auch krankheitsbedingte Ausfälle einzelner Mitarbeiter könnten besser aufgefangen werden. Das strukturelle Problem des Haaner Haushaltes werde nicht angegangen, es fehle an Nachhaltigkeit.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfs wird eine Beschlussfassung erst in der kommenden Sitzung des Rates stattfinden."

**5./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren; Antrag des Kath. Kirchengemeindeverbandes Haan-Gruiten für die Einrichtung Breidenhofer Str. 1
Vorlage: 51/015/2010**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"1. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008) den Zuwendungsantrag des Kath. Kirchengemeindeverbandes Haan-Gruiten (Träger) vom 22.03.2010 für die Kindertageseinrichtung in der Breidenhofer Str. 1 mit einem förderfähigen Umfang von 440.000 € an das Landesjugendamt (LVR Köln) zu richten.

2. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bezirksregierung gewährt die Stadt Haan

dem Träger auf dessen Antrag vom 22.03.2010 zu dem unter 1. des Beschlussesentwurfs aufgeführten Zuwendungsantrag unter dem Vorbehalt, dass keine Eigenmittel zur Verfügung stehen, einen städtischen Zuschuss (Übernahme des Eigenanteils) in Höhe von 44.000 €

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Zustimmung durch die Bezirksregierung Düsseldorf zu beantragen.

3. Die am 11.08.2009 durch den Rat beschlossene Fördermaßnahme für die Kindertageseinrichtung in der Breidenhofer Str. 1 (Vorlage 51/042/2009/2) ist gegenüber dem Land zurück zu ziehen.

Die Beschlüsse des Rates vom 11.08.2009 auf der Grundlage der Vorlage 51/042/2009/2 zu 1. a) und 2. a) werden aufgehoben."

**6./ Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren; Antrag der Privaten Kindergruppe Haan e. V. für die Einrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a
Vorlage: 51/019/2010**

Protokoll:

Bgo. Formella kündigt für die September-Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine detaillierte Vorlage zu dieser Thematik an.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, den auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen und Ausstattungen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren (RdErl. des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration vom 09.05.2008) gestellten Zuwendungsantrag der Privaten Kindergruppe Haan e. V. (Träger) vom 22.04./26.04.2010 für die Kindertageseinrichtung in der Guttentag-Loben-Str. 10a für den Haushalt 2011 aufzubereiten und zu berücksichtigen."

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Dürr erkundigt sich nach den Gründen für die Absage des Projektes "Busschule".

Bgo. Formella erläutert, auch hier handele es sich um eine zusätzliche freiwillige Aufgabe, für die im Nothaushaltsrecht kein Ansatz gebildet werden dürfe. Eine Sponsoring-Anfrage an die Stadtparkasse Haan wurde von dort negativ beschieden. In der kommenden Sitzung des Schul- und Sportausschuss bestehe aber noch einmal Gelegenheit dieses Thema zu beraten und evtl. die Bürgerstiftung für ein Sponsoring zu gewinnen.

Stv. Dürr fragt in diesem Zusammenhang nach der Höhe der Kosten für dieses Projekt.

Bgo. Formella erklärt, es seien 900 € pro Klasse zu veranschlagen. Der Anteil der Rheinbahn sei hierin bereits enthalten. Man gehe von 10 Klassen aus.

Auf Nachfrage von **Stv. Dürr** bestätigt sie, dass der Stadt durch die Projekt-Absage keine zusätzlichen Kosten entstanden seien.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgo. Formella kündigt einen kurzfristigen Ortstermin mit der Politik zur künftigen Unterbringung der Volkshochschule an.